



Global Movement for Myanmar Democracy

Coordinating International Action to Support Democracy in Myanmar

www.gm4md.org

Update der Organisator*innen (19.03.2021)

Seitdem dieser offene Brief aufgesetzt wurde, ist die Gewalt in Myanmar weiter eskaliert und die Zahl der Todesopfer dramatisch angestiegen. Sicherheitskräfte gehen aggressiv und mit tödlicher Gewalt gegen friedlich Demonstrierende vor und verhaften weiterhin willkürlich Bürgerinnen und Bürger. Von hunderten Menschen, die unrechtmäßig festgenommen worden waren, gibt es kein Lebenszeichen. In elf Bezirken der Großstädte Yangon und Mandalay wurde das Kriegsrecht ausgerufen. Zusätzlich ist das mobile Internet, das benötigt wird, um Proteste so sicher wie möglich durchzuführen, seit dem 15.03.2021 abgeschaltet.

Ein Briefing des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte vom 16.03.2021 bestätigt aktuelle Zahlen: Demnach wurden mindestens 149 Menschen seit dem Putsch am 1. Februar getötet, 57 allein während des letzten Wochenendes. Die tatsächlichen Zahlen scheinen allerdings noch höher zu liegen. Mehr als 2.084 Menschen bleiben inhaftiert. Mindestens 37 Journalist*innen wurden verhaftet. UNO-Sonderberichterstatter Thomas Andrews sieht Anzeichen für "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Umso dringlicher ist es, dass die Bundesregierung die unten genannten Maßnahmen auf EU-Ebene unterstützt.

Sehr geehrter Herr Außenminister Heiko Maas,

wir richten uns heute an Sie, um unsere Besorgnis bezüglich der aktuellen Situation in Myanmar auszudrücken und konkrete Maßnahmen zu fordern.

Seit dem Militärputsch in Myanmar wurden mittlerweile mehr als 50 Menschen umgebracht, mehr als 1700 Menschen wurden willkürlich inhaftiert, weil sie an Protesten teilgenommen oder sich politisch betätigt haben. Jeden Tag geht die Militärjunta noch brutaler gegen Protestierende vor. Trotzdem protestiert die Bevölkerung Myanmars weiter friedlich.

2014 hat der damalige Bundespräsident Joachim Gauck Myanmar besucht. Bei diesem Besuch hat er gesagt: „Sie können in Zukunft auf Deutschland zählen, wenn Sie den begonnenen Weg fortsetzen!“¹. Mit dem begonnenen Weg hat er sich auf den Weg zu Frieden und Demokratie in Myanmar bezogen. Die Bevölkerung Myanmars hat seit dem Coup durch friedliche Proteste mehr als deutlich gemacht, dass sie den begonnenen Weg verfolgen wollen und diesen Weg auch gegen das Militär verteidigen.

¹ <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/02/140210-Toast-Staatsbankett-Myanmar.html>



Global Movement for Myanmar Democracy

Coordinating International Action to Support Democracy in Myanmar

www.gm4md.org

Dementsprechend haben die Bundesrepublik Deutschland sowie die Europäische Union die Machtübernahme durch das Militär auch scharf verurteilt. Nach dem Außenminister*innentreffen vom 22. Februar 2021 wurde verkündet, dass die EU bereit ist, „restriktive Maßnahmen zu erlassen, die gegen die unmittelbar für den Militärputsch Verantwortlichen und deren wirtschaftliche Interessen gerichtet sind“². Gleichzeitig soll das gesamte politische Instrumentarium der EU einschließlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und Handelspräferenzen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Lage überprüft werden.

Am 22. März tritt der Rat für Auswärtige Angelegenheiten der Europäischen Union erneut zusammen. Um Deutschlands Versprechen zur Unterstützung Myanmars zu halten, weil sich die Lage aktuell dramatisch zuspitzt und täglich mehr Menschenleben gefährdet werden, muss sich Deutschland im Rahmen des Rates für folgende Maßnahmen einsetzen:

- **Umsetzung gezielter Sanktionen gegen alle mit dem Militär verbundene Unternehmen** Das Militär, geführt von General Min Aung Hlaing, hat die vollständige Autorität über zwei Wirtschaftskonglomerate - Myanmar Economic Corporation (MEC) und Myanmar Economic Holdings Limited (MEHL) sowie über verschiedene andere Unternehmen. Dieser Besitz ermöglicht es dem Militär, wirtschaftlich unabhängig zu sein und darüber hinaus die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht fortzusetzen.
- **Diplomatische Anstrengungen vonseiten Deutschlands und der Europäische Union, so viele Staaten wie möglich dazu zu bewegen, Waffenembargos gegen Myanmar zu verhängen** Deutschland und die Europäische Union müssen ihre Verbündeten davon überzeugen, ebenfalls Waffenembargos zu verhängen und das Militär nicht weiter mit Waffen zu versorgen.
- **Unterstützung durch Deutschland und die Europäische Union, die Situation in Burma an den Internationalen Strafgerichtshof zu verweisen** Nur so können die Gräueltaten, die seit dem Putsch vom 1. Februar begangen wurden, und solche, die in den Jahren davor gegen ethnische Minderheiten begangen wurden, auf internationaler Ebene untersucht und strafrechtlich verfolgt werden.

In Solidarität mit den Menschen in Myanmar und im Interesse des internationalen Friedens bitten wir Sie eindringlich, die oben genannten Maßnahmen gegen die Militärjunta zu vertreten und umzusetzen. Wir bitten Sie eindringlich, den Tausenden von burmesischen Bürger*innen, die

² <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/22/myanmar-burma-council-adopts-conclusions/>



Global Movement for Myanmar Democracy

Coordinating International Action to Support Democracy in Myanmar

www.gm4md.org

jeden Tag ihr Leben riskieren, um für ihre Rechte und ihre Freiheit zu protestieren, die Hand zu reichen. Stehen Sie Myanmar wie versprochen zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Die 604 Unterzeichnenden

Die unterzeichnenden Organisationen



Deutsche Sektion der
Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)



Bildungs- und Begegnungsstätte
für gewaltfreie Aktion e. V.



**Förderverein
Myanmar e.V.**

မြန်မာ့ ဖွံ့ဖြိုးတိုးတက်ရေးအသင်း

O.P.C. Deutschland
Hilfe für Kinder in Thailand e.V.





Global Movement for Myanmar Democracy

Coordinating International Action to Support Democracy in Myanmar

www.gm4md.org

